

CONFERENCE (NEW) HORIZONS OF DRUG POLICY IN CENTRAL EUROPEAN METROPOLIS 2014



Deklaration Neue Horizonte der Drogenpolitik 2014

(aktualisierte Prinzipien lokaler Maßnahmen gegen Drogen)

Die vorliegende Deklaration ist das Ergebnis des Treffens und der Diskussion von Entscheidungsträgern und Vertretern städtischer Selbstverwaltungen mit Mitarbeitern aus den Bereichen Prävention, Therapie, Schadensminimierung und Rechtsdurchsetzung und mit Vertretern aus der Drogenkonsumforschung auf der Konferenz „(Neue) Horizonte der Drogenpolitik in mitteleuropäischen Metropolen“, die vom 25. – 26. 9. 2014 in der Hauptstadt Prag stattfand.

Das Hauptziel der Konferenz war, eine effektive und realistische Drogenpolitik in großen europäischen Metropolen vorzustellen und zu definieren und neue, d.h. innovativere Horizonte praktisch bewährter und tauglicher Maßnahmen und Interventionen zu präsentieren, die auf lokaler Ebene realisiert werden, um die negativen gesundheitlichen, sozialen, strafrechtlichen, Sicherheit und Wirtschaft betreffenden Folgen von Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum, welche die gesunde Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft negativ beeinflussen können, zu minimieren.

Zur Unterstützung der Deklaration können Sie diese unter <http://www.drug-horizon-prague.cz> unterschreiben, hilfreich ist aber vor allem die praktische Umsetzung effektiver und realistischer Maßnahmen gegen Drogen in Ihren Städten.

Die Prager Konferenz „(Neue) Horizonte der Drogenpolitik in mitteleuropäischen Metropolen“ knüpft thematisch an die Konferenz „Städtische und regionale Drogenpolitik in der Ära der Globalisierung“ von 2010 (Urban Drug Policies in the Globalised World) an. Diese unterstrich die Schlüsselrolle der städtischen Selbstverwaltungen und Maßnahmen gegen Drogen bei der Verringerung der negativen Folgen von und / oder Prävention von Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum und bei der Handhabung der mit diesen zusammenhängenden Probleme.

Die Trends in Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum, auf die mit entsprechenden Maßnahmen reagiert werden muss, haben seit dem Jahr 2010 in den Städten Mitteleuropas eine Reihe von Änderungen durchlaufen. Auch der Erkenntnisstand zu mit schädlichem Suchtmittelkonsum verbundenen Problemen, ebenso wie zu Maßnahmen und Interventionen zur effektiven Lösung dieser hat sich sehr verändert. Dies führte die Teilnehmer der Konferenz „(Neue) Horizonte der Drogenpolitik in mitteleuropäischen Metropolen“ zur Ergänzung und Aktualisierung der Grundprinzipien einer wirksamen Drogenpolitik, wie sie von den städtischen Selbstverwaltungen auf lokaler Ebene umgesetzt werden.

Wir, die Signatäre der Deklaration Neue Horizonte der Drogenpolitik 2014, sind überzeugt, dass sich die mit dem Suchtmittelkonsum verbundenen Probleme mittels Maßnahmen und Interventionen einer Drogenpolitik auf lokaler Ebene adressatenorientierter und wirksamer lösen lassen. Bei der Verringerung der negativen Auswirkungen von Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum und bei der Lösung der mit diesen verbundenen Probleme und / oder bei der Prävention dieser kommt den städtischen Selbstverwaltungen und drogenpolitischen Maßnahmen der Städte und Kommunen somit eine

Schlüsselrolle zu. Damit diese Maßnahmen gegen Drogen tatsächlich wirksam werden, sollte bei ihrer Formulierung und Realisierung der folgende Dekalog grundlegender Prinzipien eingehalten werden.

1. Der integrierte Ansatz

Die Praxis zeigt eindeutig, dass verschiedene Typen von Abhängigkeits- oder Suchtverhalten – ungeachtet des rechtlichen Status des Suchtmittels – eng miteinander verbunden und in ihrer Charakteristik sehr ähnlich sind. Eine Aufteilung drogenpolitischer Maßnahmen nach dem Typ der konsumierten Suchtmittel – nach illegalen und legalen – erweist sich daher als untauglich und unwirksam. Als angemessene Lösung erscheint daher die so genannte integrierte Drogenpolitik, die ein Ensemble komplexer, miteinander verbundener und in der Forschung bestätigter präventiver Regulations-, Kontroll- und Rechtsmaßnahmen bezüglich des Umgangs mit Suchtmitteln – seien es legale oder illegale – darstellt und Bildung, Gesundheit und Soziales betrifft.

2. Übernahme von Verantwortung für die öffentliche Gesundheit

Die Verantwortung für den Schutz der öffentlichen Gesundheit, für die Lebensqualität der Bewohner von Städten und Kommunen und ebenso für Sicherheit und Ordnung in diesen tragen nicht nur die zentralen Staatsorgane, sondern auch die Selbstverwaltungsorgane der Regionen, Städte und Kommunen. Darum sollten sich alle Organe der öffentlichen Verwaltung – einschließlich derer der Städte und Kommunen – in wechselwirkender Zusammenarbeit und bei der Koordinierung geplanter und realisierter Maßnahmen sowohl an der Formulierung, als auch an der Finanzierung und Realisierung von Maßnahmen und gezielten Interventionen der Drogenpolitik beteiligen und somit aktuell auf die lokal spezifischen Bedingungen und Bedürfnisse reagieren.

3. Schadensminimierung – ein gemeinsames Ziel

Die Maßnahmen zur Verringerung des Angebots an Suchtmitteln, zur Senkung der Nachfrage und die Schadensminimierung (Harm-Reduction) werden als widersprüchlich präsentiert, dies ist jedoch nicht der Fall. Ihr gemeinsames Endziel ist es, die möglichen negativen gesundheitlichen, sozialen, strafrechtlichen, Sicherheits- und wirtschaftlichen Folgen von Suchtmittelherstellung, -vertrieb und / oder -konsum für den Einzelnen und für die Gesellschaft zu reduzieren.

4. Einschätzung und Auswertung der Lage und der Bedürfnisse

Die mit Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum verbundenen Probleme unterscheiden sich in einzelnen Regionen und Städten und können sich mit der Zeit verändern. Den städtischen Organen kommt daher eine Schlüsselrolle bei der kontinuierlichen Einschätzung und Auswertung der Lage und der Bedürfnisse, ebenso bei der Planung, Finanzierung und Realisierung notwendiger Maßnahmen und Interventionen einer integrierten Drogenpolitik zu.

5. Die vier Pfeiler der Drogenpolitik

Die komplexen, in Städten und Kommunen realisierten Maßnahmen und Interventionen einer integrierten Drogenpolitik sollten sich basieren auf Forschungserkenntnissen auf vier Grundpfeiler stützen, und zwar auf Primärprävention, Therapie und Resozialisierung, Schadensminimierung und Senkung des Angebots an Suchtmitteln. Die Städte und Kommunen sollten daher die Realisierung komplexer und miteinander verbundener Maßnahmen und Interventionen der Drogenpolitik in Primärprävention, Therapie, Resozialisierung, Schadensminimierung und Rechtsdurchsetzung auf dem Gebiet ihrer Wirksamkeit ausgewogen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Bürger und Gemeinschaften unterstützen.

6. Partnerschaft und gegenseitiger Respekt

Die Teilmaßnahmen einer integrierten Drogenpolitik werden von Experten aus den verschiedenen Fachbereichen realisiert, die zur Lösung der mit Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum verbundenen Probleme auf Grund diverser theoretischer Ansätze vorgehen. Unter Berücksichtigung dieser verfolgen sie verschiedene Primärziele und benutzen diverse Arbeitsmethoden und -formen, die jedoch ein gemeinsames Ziel anstreben: das Risiko einer Reihe verschiedenartiger möglicher negativer Folgen von Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum für den Einzelnen und die lokalen Gemeinschaften so weit wie möglich einzuschränken. Zur Durchsetzung der von ihnen realisierten Maßnahmen und Interventionen dürfen sie keinesfalls miteinander konkurrieren, sondern müssen kooperieren und sich gegenseitig respektieren, was auch für die unterschiedlichen Methoden und Arbeitsformen gilt, die sie je nach Beruf in der Drogenpolitik anwenden.

7. Mut zu Innovationen

Die sich in Suchtmittelherstellung und -vertrieb und besonders im Suchtmittelkonsum wandelnden Trends und deren negative Auswirkungen verlangen den Entscheidungsträgern auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und besonders auf der Ebene der Städte und Kommunen Mut zur Innovationen bei der Realisierung von Maßnahmen und Interventionen der Drogenpolitik ab, um unter Nutzung der Erfahrungen aus dem Ausland auf die aktuell festgestellten Bedürfnisse zu reagieren. Manche wirksame Maßnahmen und Interventionen der Drogenpolitik sind aus Sicht der Wähler vielleicht nicht populär, aber ihre Tauglichkeit ist in einer Reihe europäischer Städte erprobt worden. Die Entscheidung, solche Maßnahmen einzusetzen, erfordert daher politischen Mut.

8. Gleicher Zugang zu den sachverständigen Diensten

Laut UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon sollte niemand wegen Suchtmittelkonsum stigmatisiert werden. Dies gilt auch für den gleichen Zugang zu sachverständigen Gesundheits- und / oder Sozialdiensten, der gerade Suchtmittelkonsumenten oft verweigert wird. Diese Tatsache muss eben mit Unterstützung der Organe der Städte und Kommunen mittels Informationskampagnen geändert werden, wobei man sich bemühen sollte, die öffentliche Meinung und die Einstellung von Gesundheits- und Sozialarbeitern zu abhängigen Suchtmittelkonsumenten zu ändern. Die Weltgesundheitsorganisation hat Drogenabhängigkeit als Krankheit definiert und Kranke dürfen wegen ihrer Krankheit weder stigmatisiert noch diskriminiert werden.

9. Aus Erfahrung lernen und durch Forschung erkennen

Bei der Formulierung und Realisierung der lokalen Maßnahmen gegen Drogen sollten wir daher sowohl von den Erfahrungen der Kollegen in weiteren europäischen Städten, sowie auch von den in der Abhängigkeitsforschung erzielten Erkenntnissen ausgehen. Bei der Wahl der Maßnahmen und Interventionen der Drogenpolitik sollten daher moralistische Vorurteile und althergebrachte Stereotype keine Rolle spielen, sondern wissenschaftlich und in der Erfahrung ausländischer Kollegen belegte Erkenntnisse sollten an deren Stelle treten.

10. Pläne allein reichen nicht

Städte arbeiten verschiedene Strategien und / oder Pläne auf Kommunenebene heraus, in denen sie verschiedene Arten von Maßnahmen und Interventionen planen, deren Ziel die Lösung der brennenden Probleme im Leben der Bürger ist und ebenso die Lösung der Probleme derjenigen, die mit Suchtmittelherstellung, -vertrieb und -konsum verbunden sind. In manchen Fällen sind die für ihre Realisierung notwendigen Finanzmittel im Budget der städtischen Verwaltungsorgane nicht vorhanden, weshalb die geplanten Maßnahmen lediglich auf dem Papier bleiben. Das gefährdet das Vertrauen der Bürger und auch der Mitarbeiter der verschiedenen Arten von Diensten, Organisationen und Institutionen auf lokaler Ebene im Planungsprozess. Die lokalen Organe sollten daher realistische Pläne entwickeln, d.h. solche Pläne, die sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln tatsächlich realisieren können.